

22.01.2021

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12047

Information und Beratung gegen Verschwörungsmythen schaffen

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Marcus Optendrenk

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/12047, wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Information und Beratung gegen Verschwörungsmythen schaffen", Drucksache 17/12047, wurde am 15. Dezember 2020 vom Plenum federführend an den Hauptausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss überwiesen.

B Beratung

Der federführende Hauptausschuss befasste sich auf Wunsch des Antragstellers mit dem Antrag erstmalig und abschließend in seiner Sitzung am 21. Januar 2021.

Der mitberatende Innenausschuss votierte am 14. Januar 2021 mehrheitlich gegen den Antrag. Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfahl er dem Hauptausschuss die Ablehnung des Antrags.

Der Hauptausschuss berät den Antrag final in der Sitzung am 21. Januar 2021 und stimmt über eine Beschlussempfehlung an das Plenum ab.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wirbt für ihren Antrag. Verschwörungsmythen seien schon lange in der Gesellschaft vorhanden, doch insbesondere in den vergangenen pandemischen Monaten habe eine Radikalisierung stattgefunden, die den demokratischen Rechtsstaat bedrohe. Das zu schaffende Beratungsangebot, solle sich primär an das familiäre Umfeld der Verschwörungstheoretiker richten. Die Fraktion der SPD unterstützt den Antrag. Gruppierungen, die sich z.B. aus der Ablehnung aller Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gebildet haben, würden inzwischen sogar vom Verfassungsschutz beobachtet.

Die regierungstragenden Fraktionen lehnen den Antrag ab, denn ein Beratungsangebot bestehe bereits. Die Fraktion der FDP gibt zu bedenken, dass das nun geforderte Unterstützungsangebot wahrscheinlich nicht die verschwörungsideologisch geprägte Zielgruppe erreichen werde. Die Fraktion der CDU weist auf die Begründung der Kollegen im Innenausschuss. Die hierfür zuständige Landeszentrale für politische Bildung biete bereits Unterstützung und Beratung an.

Es gäbe zwar eine Zunahme an Beratungsanfragen, doch im gleichen Maße sei auch das Beratungsangebot gestiegen, meint abschließend die Fraktion der AfD zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C Abstimmung

In der sich anschließenden Abstimmung im Hauptausschuss wird der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Dr. Marcus Optendrenk
Vorsitzender